

# Weißer Herrschaft, schwarzer Kampf

## Erfolg und Scheitern der US-Bürgerrechtsbewegung

Von Albert Scharenberg

Sie blieb einfach sitzen. Zwar hatte der Busfahrer sie und drei weitere Fahrgäste aufgefordert, aufzustehen und Platz zu machen. Aber der Bus war voll, es waren keine Sitzplätze mehr frei. Und so behielt sie ihren Platz, auch als die anderen aufstanden. Selbst als der Busfahrer mit der Polizei drohte, blieb sie dort, bis sie wenig später tatsächlich verhaftet und abgeführt wurde.

Die schwarze Näherin, die von der Arbeit in der Änderungsschneiderei nach Hause fuhr, war nicht die erste, die sich einer solchen Anordnung widersetzte.<sup>1</sup> Aber dieser 1. Dezember 1955 war dennoch ein besonderer Tag. Mit Rosa Parks' Entscheidung, ihren Sitzplatz nicht für einen später zugestiegenen Fahrgast weißer Hautfarbe zu räumen, begann der organisierte, breite Widerstand gegen die gesetzliche Rassentrennung, die die öffentlichen Einrichtungen im Süden der USA beherrschte. Überall, in den Bussen, Schulen, Universitäten, Bibliotheken, Schwimmbädern, Museen, Kinos, Bars, Restaurants, waren Weiße und Schwarze ganz legal voneinander getrennt, überall hingen Schilder mit der Aufschrift: „Nur für Weiße“. Und die mussten rigoros befolgt werden: Bei Verstößen gegen diese Ordnung griff der weiße Mob zu Gewalt, und die Polizei hetzte Hunde auf die Schwarzen.

Diese Bilder der radikalen Apartheid im Süden der USA werden derzeit angesichts der offiziellen Ehrungen, die Rosa Parks nach ihrem Tod am 24. Oktober erfährt, noch einmal ins Gedächtnis gerufen. Ins historische Gedächtnis, ist man geneigt zu sagen – zu offensichtlich dominiert in vielen Ehrungen der Tenor, dass die Rassentrennung ein schlimmes, aber ein für allemal beendetes Kapitel der US-Geschichte sei. Gewissermaßen stellvertretend wird Parks daher auch von denen verbal ins Pantheon amerikanischer Helden gehoben, die ihr Andenken nur für die Behauptung nutzen wollen, dass Ausgrenzung und Rassentrennung in der amerikanischen Gesellschaft der Vergangenheit angehören.

Dass sich heute, auch ohne Rassengesetze, ganz ähnliche Muster von Segregation und Diskriminierung nachweisen lassen, wird so semantisch fortgespült – ebenso wie die Tatsache, dass es sich bei Rosa Parks' Entscheidung, sitzen zu bleiben, keineswegs um den individuellen und spontanen Entschluss einer erschöpften, aber letztlich unpolitischen Frau handelte.

1 Vgl. Robin D. G. Kelley, „We Are Not What We Seem“. Rethinking Black Working-Class Opposition in the Jim Crow South, in: „The Journal of American History“, 1/1993, S. 75-112, hier S. 102 ff.

Es gibt jedoch, gerade aus der afroamerikanischen Community, auch andere Stimmen. So erinnert Barack Obama, der einzige Schwarze im US-Senat, daran, dass Rosa Parks „sich nicht einfach hingesezt“ hat. „Sie war Teil einer Bewegung“, betont Obama.<sup>2</sup>

### *Der „Montgomery Bus Boycott“*

Und in der Tat: Parks war Mitglied in der Ortsgruppe der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) in Montgomery, Alabama, der „Wiege der Konföderation“, und schon seit geraumer Zeit aktiv gegen die gesetzliche Rassentrennung. Unmittelbar nach Parks' Verhaftung begann Jo Ann Robinson von der örtlichen Women's Political League, unterstützt von der NAACP, einen Boykott des Busunternehmens zu organisieren, den sie bereits zuvor angedroht hatte. Sie formte umgehend die Montgomery Improvement Association, die den neuen Baptistenpastor der Stadt zu ihrem Sprecher bestimmte. Nur wenige Tage später, am 5. Dezember, versammelten sich tausende Menschen in der Holy Street Baptist Church, um den 26jährigen Mann über den Boykott predigen zu hören: „Ihr wisst, meine Freunde, es kommt eine Zeit, da die Menschen es satt haben, dass auf ihnen mit den eisernen Füßen der Unterdrückung herumgetrampelt wird“, sagte Dr. Martin Luther King, jr. „Was wir tun, ist kein Unrecht. Wenn wir Unrecht haben, hat das Oberste Gericht dieser Nation Unrecht. Wenn wir Unrecht haben, hat die Verfassung der Vereinigten Staaten Unrecht. Wenn wir Unrecht haben, hat der allmächtige Gott selbst Unrecht. [...] Wir sind hier in Montgomery entschlossen, dafür zu arbeiten und zu kämpfen, bis Gerechtigkeit wie Wasser fließen wird und Rechtschaffenheit wie ein gewaltiger Strom.“<sup>3</sup>

Der „Montgomery Bus Boycott“ konnte sich auf eine neue Rechtsauslegung des Obersten Gerichts der USA berufen. Eineinhalb Jahre zuvor, am 17. Mai 1954, hatte der Supreme Court seinen eigenen Beschluss von 1896 aufgehoben, der die gesetzliche Rassentrennung für legal erklärt hatte – übrigens ein Beschluss, der aus nahe liegenden, außenpolitischen Gründen binnen weniger Stunden in 35 Sprachen übersetzt und über den Radiosender „Voice of America“ in aller Welt verbreitet wurde. „Getrennt, aber gleichwertig“ durften die öffentlichen Einrichtungen bis dahin organisiert sein, und getrennt waren sie auch. Nur „gleichwertig“ war hier nichts; so wurde beispielsweise für weiße Schüler das Vierfache ausgegeben wie für schwarze. Verfassungsnorm und -wirklichkeit klafften offensichtlich weit auseinander – wenn man einmal außer Acht lässt, dass auch die Norm selbst lange nicht auf eine Inklusion der afroamerikanischen Sklaven abgestellt hatte.

„Separate but equal“ – das war bis dahin die offizielle Haltung gewesen, und kein weißer Politiker in Washington hatte sich getraut, gegen diese „Recht“sprechung vorzugehen – nicht einmal Präsident Roosevelt, ge-

2 Zit. n. „New York Times“, 31.10.2005.

3 Zit. n. James H. Cone, *Martin and Malcolm and America: A Dream or a Nightmare*, New York 1991, S. 61 f.

schweige denn General Eisenhower. Den meisten Schwarzen war längst klar: Wenn es nach den Weißen geht, bleibt die Rassentrennung ewig bestehen. Und ändern wird sich die Situation nur, wenn sie beginnen, ihr Schicksal gegen alle Widerstände selbst in die Hand zu nehmen.

Diese Bewegung begann mit Rosa Parks' Weigerung und dem Busboykott in Montgomery, der über ein Jahr lang dauern und mit einem Erfolg der Schwarzen enden sollte. Aber dieser war erst der Anfang der Bürgerrechtsbewegung, die im folgenden Jahrzehnt für die Abschaffung der Gesetze zur Rassentrennung kämpfte, um endlich, 350 Jahre nach Ankunft der ersten schwarzen Sklaven in den nordamerikanischen Kolonien, 100 Jahre nach der hart erkämpften Proklamation der Sklavenbefreiung im Bürgerkrieg, gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten zu werden.

Bald nach dem Erfolg in Montgomery, der keineswegs das Ende der Rassentrennung im Süden bedeutete, sondern zunächst vor allem den militanten Widerstand der Weißen und ihres KuKluxKlan verstärkte, konstituierte sich die Southern Christian Leadership Conference (SCLC) unter Führung von Martin Luther King, die den lokalen, gewaltfreien Kampf auf den gesamten Süden des Landes ausdehnte. Kirchen und SCLC wollten zugleich die christliche Tradition von ihren rassistischen Entstellungen befreien und auch Weiße zur Mitarbeit gewinnen, indem sie, wie schon der schwedische Wissenschaftler Gunnar Myrdal in seinem berühmten Werk,<sup>4</sup> den moralischen Widerspruch zwischen dem „American Creed“, das heißt dem Glauben an die amerikanischen bürgerlichen Werte, und der Rassentrennung ins Zentrum ihrer Agitation stellten.

Aber unter den Weißen im Süden zeigte dieser Appell zunächst nur wenig Wirkung. Auch wenn durch die Mechanisierung der Baumwollproduktion die materielle Ursache der Segregation – der Bedarf an billiger, unfreier Arbeit – entfallen war, blieben die Weißen ihren Überzeugungen verbunden, denn die rassistische „Tradition aller toten Geschlechter lastet(e) wie ein Alb auf dem Gehirne der Lebenden.“<sup>5</sup> Im März 1956 veröffentlichten 100 Kongressabgeordnete aus dem Süden ein „Southern Manifesto“, in der sie sich für die Missachtung der Entscheidung des Obersten Gerichts aussprachen. Dieser Erklärung leistete die überwältigende Mehrheit der Weißen Folge, und ihr Widerstand, der bis zu Lynchmorden reichte, nahm weiter zu. Schließlich wurden, Anfang der 60er Jahre, sogar schwarze Kirchen und Kinder Opfer terroristischer Anschläge. Aber die Bundesregierung verweigerte sich weiterhin, auch unter Präsident Kennedy, einem „Krieg gegen den Terror“.

Der anhaltende, an Gewalttätigkeit zunehmende weiße Widerstand verstärkte nicht nur die Entschlossenheit, sondern beförderte auch eine Radikalisierung der sozialen Bewegung. Schon lange agitierten insbesondere in den Innenstadtghettos im Norden schwarze Nationalisten, die, anknüpfend an die Ideen Marcus Garveys, der Bewegung ihre Bündnispolitik und ihr – vermeintlich vergebliches – Streben nach Integration in die weiße Gesellschaft vorhiel-

4 Gunnar Myrdal, *An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy*, New York und London 1944.

5 Karl Marx, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: MEW 8, S. 113-207, hier S. 115.

ten. Allerdings herrschten hier, in den Ghettos des Nordens, auch andere Bedingungen als im Süden: Es gab keine gesetzliche, sondern „nur“ eine informelle Rassentrennung; die Afroamerikaner waren folglich nicht de jure, sondern de facto ghettoisiert.

Zum Wortführer der ghettoisierten Schwarzen des Nordens wurde ebenfalls ein Prediger, nämlich Malcolm X, der lange Zeit der religiös-nationalistischen Nation of Islam (NOI) angehörte. Seine scharfe Polemik gegen den andauernden Rassismus und die Kooptation der schwarzen Mittelschichten – der „Black Bourgeoisie“, wie E. Franklin Frazier damals die wenigen Gewerbetreibenden, Pastoren und Lehrerinnen ironisch nannte –,<sup>6</sup> fand bei den Unterschichten immer mehr Zuspruch. Malcolm X wurde zum „organischen Intellektuellen“ der schwarzen „Unterklassen“, deren historische Lage über die juristische Benachteiligung bereits hinauswies, denn die informelle Segregation sollte sich als weitaus hartnäckiger als die gesetzliche erweisen.<sup>7</sup>

Aber zunächst gelangte die Bürgerrechtsbewegung auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges an ihr Ziel: Mitte der 60er Jahre wurde eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, welche die gesetzliche Rassentrennung, die Verweigerung des Wahlrechts sowie die offene Benachteiligung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt abschafften.

#### *„Vom Protest zur Politik“ – Der Marsch durch die Institutionen*

Die gesetzliche Rassentrennung war abgeschafft; jetzt ging es darum, reale Gleichberechtigung herzustellen. Dabei wurde für den radikalen Flügel der Schwarzenbewegung der 1965 ermordete Malcolm X zum Vorbild: Stokely Carmichaels Ruf nach echter Macht für die Schwarzen, nach „Black Power“, folgte nicht nur das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC), welches das „Nonviolent“ durch „National“ ersetzte und die wenigen verblieben Weißen ausschloss, sondern auch die linke Black Panther Party for Self-Defense, die allerdings eine aktive Bündnispolitik mit anderen – auch weißen – Radikalen betrieb.<sup>8</sup>

Das Streben nach realen Einflussmöglichkeiten für Schwarze verfolgte auch Martin Luther King, der sich indes ebenfalls radikalisierte: So stellte er sich jetzt, zum Leidwesen vieler seiner weißen Unterstützer, offen gegen den Vietnamkrieg – an dessen Kosten letztlich die von Präsident Johnson aufgelegten sozialstaatlichen Great-Society-Programme scheitern sollten – und begann in Chicago eine heute fast vergessene Kampagne gegen die informelle Rassentrennung im Norden. Aber während der schwarz-nationalistische Flügel der Bewegung, auch angesichts massiver (und illegaler) staatlicher Repression im Zuge des Aufstandsbekämpfungsprogramms (COINTELPRO), zunehmend in internen Streitigkeiten versank, erlitt der

6 E. Franklin Frazier, *Black Bourgeoisie. The rise of a new middle class*, New York und London 1957.

7 Vgl. Albert Scharenberg, *Schwarzer Nationalismus in den USA. Das Malcolm X-Revival*, Münster 1998.

8 Vgl. William L. van Deburg, *New Day in Babylon. The Black Power Movement and American Culture, 1965-1975*, Chicago 1992.

gemäßigte Flügel um King ebenfalls eine herbe Niederlage: Die groß angelegte Kampagne in Chicago scheiterte – die Weißen im Norden schienen mit der Schwarzenbewegung nur so lange zu sympathisieren, bis diese vor ihren eigenen Haustüren stand und Änderungen anmahnte. „Ich habe niemals in meinem Leben irgendwo eine solche Feindseligkeit und einen solchen Hass gesehen, auch nicht in Selma“, sagte ein frustrierter King, nachdem eine von ihm geführte Demonstration mit Steinen beworfen worden war und er sich schließlich, nach zwei erfolglosen Jahren, zum Abbruch der Kampagne gezwungen sah.<sup>9</sup>

Diese Niederlage führte dazu, dass sich die Bürgerrechtsbewegung jetzt auf einen Marsch durch die Institutionen begab. Bereits zuvor hatte Bayard Rustin, ein Berater Kings, polemisch den Übergang „vom Protest zur Politik“ gefordert. Die Schwarzen sollten sich nach der Abschaffung der Gesetze zur Rassentrennung auf die ihnen nun mit dem Wahlrecht gegebenen Mitwirkungsmöglichkeiten besinnen und auf dem Weg der Teilnahme auch an Teilhabe gewinnen.<sup>10</sup>

Diese „realpolitische“ Strategie konnte bald erste Erfolge vorweisen: So stieg die Anzahl der Schwarzen in den Parlamenten deutlich an, und im Kongress formierte sich ein „Black Caucus“. In Städten, in denen die Afroamerikaner in der Mehrheit waren, wurden bald auch schwarze Bürgermeister gewählt, zunächst in Newark, New Jersey, sowie Gary, Indiana, und dann auch in Washington, D.C. In den 70er und 80er Jahren erreichte diese Institutionalisierung des Protestes durch eine hohe Mobilisierung der Schwarzen und geschickte Bündnispolitik ihren Zenit: Auch in einigen Städten, in denen die Afroamerikaner nur eine – mitunter kleine – Minderheit ausmachten, wurden Schwarze an die Spitze der Lokalregierung gewählt, darunter in den drei mächtigen Global Cities Los Angeles, Chicago und New York. Selbst auf Bundesebene gelangte die politische „Regenbogen“-Mobilisierung mit den Präsidentschaftskandidaturen Jesse Jacksons an ihren Höhepunkt.

Doch zur Zeit der Präsidentschaft Ronald Reagans, in dessen „republikanischer Koalition“ die Schwarzen keinen Platz hatten, zeichnete sich gleichzeitig immer deutlicher ab, dass die Bewegung zunehmend in den Institutionen stecken blieb. Zwar hat sich die Zahl schwarzer politischer Repräsentanten wesentlich erhöht, aber von einer auch nur annähernd proportionalen Vertretung kann bis heute keine Rede sein. Die in den meisten Parlamenten kleine Minderheit schwarzer Abgeordneter ist nur selten in der Lage, inhaltlich Einfluss zu nehmen, und ein großer Teil ihres Engagements versandet deshalb in Institutionen, die auf andere gesellschaftliche Gruppen ausgerichtet sind. Entsprechend groß war anschließend, in den 90er Jahren, die Enttäuschung über die geringen Möglichkeiten der realpolitischen Beteiligung.

Dies betrifft insbesondere die Bewegung für die Wahl schwarzer Bürgermeister. Die schwarzen Bürgermeister erreichten ihre lokalen Machtpositio-

9 Zit. n. Alan B. Anderson und George W. Pickering, *Confronting the Color Line. The Broken Promise of the Civil Rights Movement in Chicago*, Athens und London 1986, S. 228.

10 Bayard Rustin, *From Protest to Politics. The Future of the Civil Rights Movement*, in: „Commentary“, 2/1965, S. 25–31.

nen just zu der Zeit, als die Weißen im Zuge der so genannten „weißen Flucht“ in die Vorstädte abgewandert waren und in den Innenstädten überwiegend sozial schwächere Schichten zurückgelassen hatten. Dadurch wurde zugleich die Steuerbasis der Städte untergraben – und der politische Gestaltungsspielraum war, zusammen mit den Städten selbst, geschrumpft. Im Angesicht dieser Entwicklung konnten auch enthusiastisch erkämpfte und mit großen Hoffnungen verbundene lokale Machtwechsel nur wenig ändern. Und so folgte in Chicago auf den Tod Harold Washingtons die Fortsetzung der Daley-Dynastie; in New York City wurde David Dinkins nach nur einer Legislatur vom Republikaner Rudolph Giuliani abgelöst, dessen Parteifreund Michael Bloomberg gerade wiedergewählt wurde; und in Los Angeles mündeten 20 Jahre Regentschaft Thomas Bradleys direkt in die L.A. Riots.<sup>11</sup>

### *Kontinuität der Rassentrennung*

Wie gestaltet sich heute, vier Jahrzehnte nach den Erfolgen von Bürgerrechts- und Black-Power-Bewegung, die Situation der Schwarzen in den USA? Was hat sich durch die Aufhebung der gesetzlichen Rassentrennung geändert?

Die in der Öffentlichkeit schon lange verdrängten sozialen Realitäten des schwarzen Amerikas, insbesondere die große Armut vieler Afroamerikaner, wurden zuletzt durch den Hurrikan „Katrina“ schlagartig an die Oberfläche gespült. Dabei trat, nicht zuletzt im Versagen der Katastrophenschutzbehörde FEMA, auch der den Institutionen inhärente Rassismus zutage. Wie in New Orleans lebt in den US-Metropolen heute fast ein Drittel der Schwarzen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze (proportional rund dreimal so viele wie unter Weißen) – aber die FEMA-Verantwortlichen vergaßen in ihren Evakuierungsplänen tatsächlich, dass viele Schwarze über kein Auto für die Flucht verfügen.<sup>12</sup> Und als Washington unbemittelten Flutopfern Geld überweisen wollte, konnten sich die Zuständigen offenbar nicht vorstellen, dass gerade die Bedürftigsten keine Konten besitzen.

Auch die Erwerbslosigkeit ist immer noch immens. Selbst die offiziellen Angaben bestätigen, dass sie unter Schwarzen weit mehr als doppelt so hoch ist wie unter Weißen; dieser Abstand hat sich seit Jahrzehnten kaum verändert. Ähnlich konstant gestaltet sich auch die Differenz im Durchschnittseinkommen, das – aktuellen Angaben des U.S. Census zufolge – nach wie vor für schwarze Haushalte nur rund drei Fünftel des Einkommens weißer Haushalte beträgt; beim Pro-Kopf-Einkommen ist die Differenz sogar noch etwas größer. Hinzu kommt, dass der Durchschnitt immer weniger aussagt, weil er den Blick auf die wohl wichtigste Veränderung verstellt: Einerseits gibt es heute eine schwarze Mittelschicht, die von den Erfolgen der schwarzen Befreiungsbewegung profitiert, da sie den sozialen Anschluss an den gesellschaftlichen

11 Zu Chicago vgl. Scharenberg, *Schwarzer Nationalismus*, a.a.O., S. 145-280; zu Los Angeles Raphael J. Sonenshein, *Politics in Black and White. Race and Power in Los Angeles*, Princeton 1993; zu New York J. Phillip Thompson, *The Election and Governance of David Dinkins as Mayor of New York*, in: Huey L. Perry, *Race, Politics, and Governance in the United States*, Gainesville u.a. 1996, S. 65-81.

12 Vgl. Peter Marcuse, *Heimatfront Hurrikan*, in: „Blätter“, 10/2005, S. 1168-1171.

Mainstream – zum großen Teil über die politisch erkämpfte Öffnung des öffentlichen Dienstes (*affirmative action*) – weitgehend realisieren konnte.

Demgegenüber ist die Mehrheit der Afroamerikaner weiter zurückgefallen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die in den Innenstädten zurückgelassenen schwarzen „Unterklassen“.<sup>13</sup> Ein wesentlicher Faktor hierfür ist die Deindustrialisierung, genauer: der Rückgang der klassischen Industriearbeitsplätze, der die Schwarzen besonders stark betrifft. Im Zuge der Globalisierung ist die relative Ähnlichkeit der materiellen Lebensbedingungen der Afroamerikaner, die eine wesentliche Voraussetzung der Solidarität der Bewegung wie auch der sie tragenden Kultur und Institutionen (insbesondere der schwarzen Kirchen) bildete, einer wachsenden Klassenspaltung gewichen. Offenbar sind auch die ökonomischen Entwicklungsprozesse alles andere als „farbenblind“. Diese soziale Wirklichkeit der Unterschichten ist jedoch im öffentlichen Diskurs nahezu vollständig marginalisiert – thematisiert wird sie, in drastischen Bildern, lediglich im Hip Hop.<sup>14</sup>

Auch jenseits der ökonomischen Verhältnisse gibt es wenig Grund für Aufbruchstimmung, denn die Segregation in der US-Gesellschaft bedarf, das hat die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte deutlich gemacht, offenbar nicht mehr der Gesetze; sie ist ohne gesetzliche Verankerung nicht minder effektiv. Die Trennung von Weiß und Schwarz hat sich jedenfalls als außerordentlich stabil erwiesen. Integration hat, von kleinen Inseln abgesehen, nicht stattgefunden; die Rassentrennung ist ungebrochen, nur die Muster haben sich bisweilen geändert. Heute, in der automobilisierten Gesellschaft, sind die Vorstädte weiß, die Innenstädte (und die öffentlichen Verkehrsmittel) ganz überwiegend schwarz. Genauere Betrachtungen bestätigen dieses Bild auch auf der Mikroebene der Städte: Es gibt schlicht keine wirklich „integrierten“ Stadtteile – allenfalls kleine, wohlhabende Enklaven, in denen die Hautfarbe weniger ausmacht, weil die sozialen Barrieren selektiv wirken.

Mit Blick auf Bildung und Ausbildung hat sich die Lage in den vergangenen Jahrzehnten sogar verschlechtert: Ausgerechnet die öffentlichen Schulen – Hauptadressat der Integrationsanstrengungen der Bürgerrechtsbewegung – sind heute die am stärksten nach Hautfarbe segregierte Institution der amerikanischen Gesellschaft; viele Schulen, auch im Norden, sind so vollständig nach „Rassen“ getrennt wie in den Südstaaten vor 100 Jahren. Den immer schlechter ausgestatteten öffentlichen Schulen, die, gerade in den Innenstädten, von Afroamerikanern und Latinos dominiert werden, stehen leistungsfähige, vorrangig von Weißen besuchte Privatschulen gegenüber.

Jonathan Kozol hat jüngst eine Untersuchung über das „Apartheid-Schulsystem“ im zeitgenössischen Amerika veröffentlicht, die unter die Haut geht. Er beschreibt, wie die segregierten „schwarzen Schulen“ mit Blick auf Ausstattung, Lehrer, Finanzierung und Unterrichtsangebote schlechter gestellt

13 Vgl. William Julius Wilson, *When Work Disappears. The world of the new urban poor*, New York 1996.

14 Vgl. Albert Scharenberg, *Der diskursive Aufstand der schwarzen „Unterklassen“*. Hip Hop als Protest gegen materielle und symbolische Gewalt, in: Anja Weiß u.a. (Hg.), *Klasse und Klassifikation. Die symbolische Dimension sozialer Ungleichheit*, Wiesbaden 2001, S. 243-269; ders., *Globalität und Nationalismus im afro-amerikanischen Hip Hop*, in: Eva Kimminich (Hg.), *Rap: More than Words*, Basel u.a. 2004, S. 13-44.



sind – bis hin zu jenen Schulen, in denen Lehrprogramme nach Gefängnis- und Drogenrehabilitationsprogrammen gestaltet, Kinder regelrecht abgerichtet werden. Gleichzeitig werden immer mehr standardisierte – und deshalb vermeintlich objektivierte – Tests verwendet, bei denen auf geradezu „mysteriöse“ Art und Weise just die Kinder am besten abschneiden, in deren Bildung das meiste Geld investiert wird – ein Faktum, das, wie Kozol beschreibt, gerade die Eltern leugnen, deren Kinder auf teuren Privatschulen am stärksten gefördert werden.<sup>15</sup>

Widerstand gegen diese Form der Rassentrennung gibt es kaum, denn an Integration mag in den schwarzen Stadtteilen schon lange kaum mehr jemand glauben – es wäre angesichts des historischen Kontextes wohl auch naiv. Besonders erschreckend aber ist das skandalöse Schweigen der Öffentlichkeit. In den Medien werden selbst offenkundige Tatsachen nicht (mehr) beim Namen genannt. „Linguistischer Süßstoff, semantische Purzelbäume und Surrogatwörter“ dominieren: „Beispielsweise gelten Schulen, in denen nicht mehr als drei oder vier Prozent der Schüler weißer, südostasiatischer oder nahöstlicher Herkunft sind – und *jedes andere Kind* im Gebäude schwarz oder hispanisch ist –, als ‚diverse‘ [das heißt vielschichtig und integriert, A.S.]. Besucher derartiger Schulen entdecken rasch die entleibte Bedeutung des Wortes, das kein passendes Adjektiv mehr ist, sondern ein Euphemismus für ein deutlicheres Wort, das offensichtlich unaussprechlich geworden ist. [...] Worte haben hier aufgehört, eine reale Bedeutung zu haben, bzw. sie meinen das Gegenteil dessen, was sie eigentlich sagen.“<sup>16</sup> Orwells „Neusprech“ lebt: Auf diese Weise wird die trotz formalrechtlicher Gleichheit fortbestehende Rassentrennung unsichtbar gemacht – und kann so medial, ökonomisch, politisch ignoriert werden.

Man fühlt sich an das legendäre Wort von George Wallace erinnert, der nach seiner Wahl zum Gouverneur Alabamas 1962, auf dem Höhepunkt der Bürgerrechtsbewegung im Süden, das Programm des weißen Widerstands gegen die Integration der Schulen in die programmatischen Worte fasste: „Segregation now, segregation tomorrow, segregation forever“. Jedenfalls ist die Wirklichkeit seinem Programm entgegengewachsen – und nicht den Utopien der Gleichberechtigung, wie sie die Bürgerrechtsbewegung und ihr radikaler Black-Power-Flügel vertraten.

Schließlich sind, gerade für Angehörige der „Unterklassen“, die Bereiche Justiz, Polizei und Gefängnisssystem von zentraler Bedeutung. Dass der gerichtliche Freispruch für die weißen Täter der polizeilichen Misshandlung Rodney Kings 1992 den Aufstand in Los Angeles auslöste, war ebenso wenig ein Zufall wie der Umstand, dass jüngst in Frankreich der Tod zweier junger Männer, die offenbar vor der Polizei geflohen waren, die Unruhen auslöste – in kaum einem Bereich beider Gesellschaften wirkt die systematische Benachteiligung der Afrikaner derart offensichtlich wie vis-à-vis von Polizei und

15 Jonathan Kozol, *Still Separate, Still Unequal. America's educational apartheid*, in: „Harper's Magazine“, 9/2005, S. 41-54. Im Bundesstaat Louisiana liegt die Analphabetenrate heute bei 40 Prozent; die Regierung gibt pro Schüler gerade einmal 4700 US-Dollar aus; vgl. „Frankfurter Rundschau“, 5.9.2005.

16 Kozol, a.a.O., S. 43.



Justiz. Im Falle Rodney Kings gab es sogar ein Video, auf dem die Misshandlung dokumentiert war, aber selbst dieser Beweis genügte einer weißen Jury nicht, die Polizisten zu verurteilen – zumindest nicht vor dem „Riot“. Dieser keineswegs isolierte, jeder proklamierten Rechtsstaatlichkeit Hohn sprechende Vorgang zeigt, wie tief die rassistischen Herrschaftsstrukturen auch dem Justizwesen eingeschrieben sind.

Es gibt – gerade mit Blick auf das Gefängnisssystem – weitere Indikatoren für die systematische Benachteiligung der Schwarzen. So hat rund ein Drittel der jungen schwarzen Männer bereits im Gefängnis gesessen oder ist auf Bewährung – fast alles Angehörige der „Unterklassen“ in den segregierten Innenstadtghettos der Metropolen. Viele Rapper haben es bereits besungen: Es sitzen mehr schwarze Männer im Gefängnis als im College. Und diese Gruppe hat keine Lobby – selbst die gewählten schwarzen Repräsentanten kümmern sich in aller Regel vorrangig um die (schwarzen) Mittelschichten, die, weil sie wählen gehen, anders als die unteren Schichten auch für ihre Wiederwahl bedeutsam sind. Mehr noch: In etlichen Staaten gibt es inzwischen Gesetze, die gerichtlich Verurteilten das Wahlrecht für einige Jahre oder gleich lebenslang aberkennen. Auf diese Weise wird einem Großteil der Afroamerikaner das mühsam erkämpfte Wahlrecht wieder genommen – durch einen auf Bundesebene gedeckten, einzelstaatlichen Federstrich.<sup>17</sup>

### *Ein Staat, zwei Nationen?*

Die hier nur kursorisch aufgeführten Ungleichheiten ließen sich erweitern; kaum ein Bereich innerhalb des US-amerikanischen Nationalstaates ist „farbenblind“ – weder Arbeitsmarkt noch Armee, weder Hochschulen noch Vermögensfragen, weder Lebenserwartung noch Kindersterblichkeit. Und es sind mitunter „Kleinigkeiten“, die auch schwarze Angehörige der Mittel- und Oberschichten an die Stigmatisierung ihrer Hautfarbe erinnern, beispielsweise wenn ein schwarzer Zahnarzt mit einem neuen BMW auf dem Weg zur Arbeit auf dem New Jersey Turnpike in einem einzigen Jahr 200 Mal von der Polizei angehalten und kontrolliert wird – weil man ihn solange für einen Drogendealer hält, bis er auf einen Kleinwagen umsteigt.

Zentral ist mit Blick auf die Lage der Afroamerikaner die umfassende Verweigerung von Lebenschancen, die wesentlich auf der informellen Rassentrennung beruht. Auf dem Höhepunkt der Black-Power-Bewegung 1968 veröffentlichte die von der Bundesregierung eingesetzte, so genannte Kerner Commission eine Untersuchung über die Lage der Schwarzen, in der sie der Befürchtung Ausdruck verlieh, dass dem Land die Spaltung drohe; die USA bewegten sich zu auf die Existenz von „zwei Gesellschaften, eine schwarz, die andere weiß – getrennt und ungleich.“<sup>18</sup> Heute, fast vier Jahrzehnte später, scheint diese Befürchtung Wirklichkeit geworden zu sein. Die Rassentrennung ist derart etabliert, dass der Begriff des „Schmelztiegels“ schon lange

<sup>17</sup> Vgl. Albert Scharenberg, Alles außer Bush, in: „Blätter“, 9/2004, S. 1031-1034.

<sup>18</sup> Otto Kerner (chairman), Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders, 1968.

kaum noch Verwendung findet, während „amerikanische Apartheid“ als akademischer Terminus fest verankert ist – und gleichzeitig in der Gesellschaft ignoriert wird. Faktisch haben sich die Voraussetzungen einer Emanzipation dadurch verschlechtert, dass die Ausgrenzung der Mehrheit der Schwarzen von den Früchten des „amerikanischen Traums“ heute nicht mehr offen, gesetzlich vollzogen wird, sondern durch informelle und ökonomische Mechanismen, deren Anonymität den politischen Angriff erschwert. Zudem scheint die weiße Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit nicht bereit, Kompensationsleistungen aufzubringen. Im Gegenteil, selbst die wenigen Ansätze (wie *affirmative action*) geraten politisch immer stärker unter Druck.

Die Hoffnungslosigkeit, die in weiten Teilen des afrikanischen Amerikas aufgrund anhaltender territorialer, ökonomischer und sozialer Ausgrenzung sowie politischer Erfolglosigkeit grassiert, erschwert derzeit auch eine Wiederbelebung von Bürgerrechts- und Black-Power-Bewegung. Auch die schwarze Kultur, die lange Zeit als Refugium der Unterdrückten wirkte, ist von den sich verschärfenden Spaltungen in der schwarzen Community betroffen. Organisatorische Krisengewinnler sind in erster Linie reaktionäre schwarz-nationalistische Gruppen wie die Nation of Islam unter Louis Farrakhan, die seit ihrem „Million Men March“ 1995 an Einfluss gewonnen hat. Auch die – politisch weitgehend folgenlosen – kulturnationalistischen Strömungen („Afrocentricity“) sehen sich im Aufwind.

Ein Staat – zwei Nationen: Zu diesem Ergebnis kommen mitunter selbst liberale Beobachter der politischen Kultur und Öffentlichkeit der USA. Und in der Tat: Durch die strikte Rassentrennung leben Weiße und Schwarze geradezu in unterschiedlichen Territorien, spalten also den Nationalstaat in zwei ungleich große und ungleich ausgestattete Teile. Aber auch das Bild einer zweigeteilten Nation erfasst die Realität heute, da die Latinos die Schwarzen als größte Minderheit des Landes abgelöst haben und auch die asiatischen Communities rasch wachsen, nicht mehr hinreichend, und es stellen sich neue Fragen, die mit den Antworten von gestern allein nicht mehr gelöst werden können.

Trotzdem: Dass der Rassismus die Gesellschaft weiterhin durchdringt, offenbart nicht zuletzt das geltende Schönheitsideal, gegen das die Black-Power-Bewegung seinerzeit zu Felde zog: Als die Modezeitschrift „Vanity Fair“ Beyoncé Knowles, die berühmte Frontfrau der R&B-Gruppe Destiny's Child, im Oktober als erste Schwarze seit Tina Turner 1993 auf ihrem Titelbild abbildete, ließen die Verantwortlichen offenbar ihre Haut digital aufhellen – auch wenn man behauptet, dass diese Aufhellung „nur“ das Ergebnis von Make-up und Beleuchtung sei. Und das vermeintlich so seriöse „Time Magazine“ musste sogar einräumen, O. J. Simpsons Haut auf einem Verbrecherkartei-Fotocover zum Höhepunkt des Prozesses digital nachgedunkelt zu haben. Mit der „Angst vor dem schwarzen Mann“ wird in den USA also immer noch Politik gemacht, und „black“ ist in dieser Gesellschaft nach wie vor nicht „beautiful“.